

Die Leute in Israel ahnen, dass es um mehr geht als um Wohnungs- und Frischkäsepreise“

von Moshe Zuckermann

Moshe Zuckermann zu den strukturellen politisch-ideologischen Defiziten der sozialen Protestbewegung in Israel seit Juli 2011:

... Das zweite Defizit erweist sich darin, dass man über die besetzten Gebiete nicht reden darf. Es ist natürlich die Frage, ob man überhaupt über soziale Gerechtigkeit reden kann, wenn man genau diese Dimension nicht betrachtet. Denn die Okkupation ist nicht nur ein völkerrechtliches, sondern auch ein ökonomisches Problem. Milliarden und Abermilliarden Dollar sind ja in die besetzten Gebiete bzw. ins Siedlungswerk hineingesteckt worden – von allen israelischen Regierungen der letzten 20 bis 25 Jahre. Es ist nicht genügend Geld für Gesundheits- und Erziehungswesen oder auch für andere Dinge da, die der Sozialstaat liefern müsste, weil das Geld in das Militär oder die Infrastruktur der besetzten Gebiete geht. Wenn man sich darüber keine Rechenschaft ablegt, dann kann man noch so viel von sozialer Gerechtigkeit reden und die Sache nicht politisieren wollen. Dann wird aber die Sache mehr oder weniger darauf hinauslaufen, dass bei der sogenannten Reform das perpetuiert wird, was ohnehin schon ist.

Es gibt noch ein drittes Moment. Ich darf jetzt mal marxistisch reden. Sozialer Wandel, vor allem wenn es um einen rebellierenden oder revolutionären sozialen Wandel geht, darf nicht in der Theorie stehenbleiben. Sondern er muss auch praktisch werden. Wir haben jetzt die Protestbewegung gesehen, die auf die Straße geht und auch vielversprechende Programme für den sozialen Wandel schreiben kann. Was passiert nun, wenn die Regierung, die Knesset, die politische Klasse darauf nicht positiv reagiert? Im Moment hat die politische Klasse, wenn auch naserümpfend, aber

immerhin positiv darauf reagiert, indem sie aus Machterwägungen dieses Komitee [unter Leitung von Manuel Trajtenberg] aufgestellt hat, und jetzt kommt es zu Verhandlungen. Wenn es aber dazu kommen sollte, dass die Regierung eben nicht auf das eingeht, was die Protestierenden in ihrer Substanz erreichen wollen, stellt sich für mich die Frage, ob die Leute zu Tabubrüchen fähig wären? Wären sie fähig, den Konsens in Frage zu stellen? Würden sie dann, wenn es beispielsweise dazu kommen sollte, dass die Regierung die Sicherheitsfrage manipulativ als eine Priorität darstellt, den Reservedienst verweigern? Ich rede nicht von der Wehrdienstverweigerung allgemein, sondern vom Reservedienst. Davon, dass nicht zehn, zwanzig oder hundert Leute, sondern 7.000 Leute sagen: Nein, wir machen diesmal nicht mit. Genau da, an dieser Stelle, wird es sich, fürchte ich, beweisen, dass diese Grenzen nicht überschritten werden. Der nationale Konsens wird letztendlich an der Stelle siegen, wo es darauf ankäme, die Grenzen zu überschreiten, die die Leute gängigerweise stets in die Ordnung zurückgepeitscht hat. ...

Das Interview ist in dem Internet-Portal www.hintergrund.de unter dem Datum 15.08.2011 erschienen. Der Autor ist Lehrstuhlinhaber am „Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas“ an der Universität Tel Aviv und wissenschaftlicher Leiter der Sigmund Freud Stiftung in Wien. Das Interview führte Helge Buttkereit.
